

Argumente des Initiativkomitees

Der Kauf der 34 F/A-18 für 3,5 Milliarden Franken ist zu teuer, sozial unverträglich und verhindert einen militärpolitischen Kompromiss - es braucht eine Denkpause.

Denkpause

Mit dem Fall der Berliner Mauer 1989 hat sich die sicherheitspolitische Lage grundlegend gewandelt: Die Gefahr eines dritten - atomaren - Weltkriegs ist massiv gesunken. Der Krieg im ehemaligen Jugoslawien zeigt, dass in den nachkommunistischen Ländern die Armee Krieg gegen die eigene Bevölkerung führt. Der Feind dieser Armee liegt im Innern ihres ehemaligen Reiches und nicht bei anderen Ländern.

Die Initiative «Für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge» lädt alle Bürgerinnen und Bürger ein, bis 1999, während sechs Jahren, auf einen Kauf von neuen Kampfflugzeugen zu verzichten. Diese Denkpause entspricht der durchschnittlichen Prüfungsperiode für ein neues Kampfflugzeug.

Der F/A-18 wurde 1985, mitten im kalten Krieg, von Schweizer Militärs zum ersten Mal getestet. Heute kann uns der Bundesrat wegen der neuen Weltlage nicht mehr verbindlich sagen, ob der F/A-18 zur Verteidigung der Unabhängigkeit oder als Eintrittspreis in ein militärisches Bündnis anzuschaffen sei. Bei soviel Ungewissheit ist ein Moratorium - eine Denkpause - in der Sicherheitspolitik vernünftig. (Eine solche Pause hat die Mehrheit der Stimmenden zum Beispiel für die Atompolitik bereits beschlossen.)

Zu teuer

Der F/A-18 ist als Mehrzweck-Kampfflugzeug gebaut. Er ist entsprechend teuer: 34 Stück kosten 3500 Millionen Franken.

Das entspricht ziemlich genau dem Loch in der Bundeskasse von 1993.

Sozialpolitisch unverträglich

Rund 150'000 Menschen sind bei den Arbeitslosenkassen gemeldet. Auf Arbeitssuche sind bereits über 200'000. Das AHV-Alter der Frauen soll auf 64 Jahre angehoben werden. Die AHV scheint nur noch bis ins Jahr 2010 gesichert zu sein. Angesichts dieser wirklichen Probleme ist es besonders stossend, dreieinhalb Milliarden Franken für Militärflugzeuge auszugeben. Wenn dieses Geld sinnvoll eingesetzt wird, können wir die Herausforderungen besser meistern. In zivile Bereiche investiertes Geld schafft zudem bedeutend mehr Arbeitsplätze als die staatliche Unterstützung von Rüstungsbetrieben bringt.

Politischer Kompromiss

Am 26. November 1989 stimmten über eine Million Schweizerinnen und Schweizer für eine Schweiz ohne Armee. Im Mai 1992 unterschrieben über eine halbe Million die Initiative «Für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge». Das EMD und der Bundesrat weigern sich, daraus die Lehren zu ziehen und die Minderheit zu respektieren. Die Annahme der Initiative «Für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge» wäre deshalb nichts anderes, als die Verwirklichung des überfälligen militärpolitischen Kompromisses.